



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Postz 2 Thlr. 15 Gr. — Insertionsgebühr für den Raum einer
samtlichen Seite in Heftsschrift 1 Gr.

Veröffentlichung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 8. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Montag, den 6. Januar 1873.

Deutschland.

Berlin, 4. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Bürgermeister Niemann zu Nordhausen den Titel als Ober-Bürgermeister der genannten Stadt — und dem Provinzial-Schultheiß Schürmann in Cöln bei seiner Versehung in den Ruhestand den Charakter als Reichsverwaltung verliehen.

Der bisherige Rechnungs-Hauptkassen-Buchhalter Lippold ist als Geheimer expedienten-Sekretär und Calculator bei dem Finanz-Ministerium angestellt worden. — Der bisherige Baumeister Gustav Hugo Schulz zu Straßburg im Elsaß ist als Königl. Kreisbaumeister zu Berent, Regierungszirk. Danzig, angestellt und dem Königl. Kreis-Baumeister Jäckel in Berent die Kreis-Baumeisterstelle zu Corthaus in Westpr. verliehen worden. — Der Advocat Finkenburg in Aarich ist zum Anwalt bei dem Königl. Obergericht dafelbst ernannt worden. Der Obergerichts-Anwalt Hache in Aarich ist zugleich zum Notar für den Bezirk des dortigen Obergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aarich ernannt worden. (Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 4. Januar. [Die kirchlich-politische Gesetzgebung. — Die Kreisordnung. — Herr v. Selchow.] In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Grafen Roon hat, wie verlautet, eine allgemeine Verständigung über die Richtung und die nächsten Aufgaben der Regierung stattgefunden. Schon aus dem Umstände, daß die Sitzung, wie versichert wird, keinerlei Gegenseite hat hervortreten lassen, darf mit Bestimmtheit gefolgt werden, daß es sich bei der Berufung des Grafen Roon nicht um Einschlagung neuer Wege handelt. Namentlich ist die gesammte Regierung über die Notwendigkeit einer raschen und energischen Durchführung der Gesetzgebung, welche die Rechte des Staats im Kampfe gegen die katholische Kirche zu wahren bestimmt, vollkommen einig, und es wird in dieser Beziehung vermutlich bei der heutigen fortgesetzten Berathung zu allseitig festen Beschlüssen kommen. *) — Die Annahme, daß die Ausführung der Kreisordnung durch die neue Wendung der Dinge und besonders durch die Stellung des jetzigen Ministerpräsidenten zu derselben irgendwie bedroht sei, erledigt sich einfach dadurch, daß aus Graf Roon's Munde bekanntlich die Ankündigung in der Thronrede erfolgte, daß die Regierung die Durchführung dieses Entwurfs mit allen Mitteln sichern werde. Hätte Graf Roon einen prinzipiellen Gegensatz gegen die Kreisordnung, so würde derselbe wohl in jenem Stadium hervorgetreten sein. Geraadezu falsch aber ist die Behauptung, daß Fürst Bismarck gewissermaßen vom Grafen Roon überlistet worden sei. Es kann versichert werden, daß die ganze Lösung, auch im letzten Stadium, im vollen Einverständnis zwischen dem Reichskanzler und dem Kriegsminister erfolgt ist. Auch heute noch steht die Entscheidung über die Stellung des Herrn v. Selchow aus, doch hält man die Angelegenheit für sachlich erledigt und zwar im Sinne des Ausscheldens des Ministers. Alle Andeutungen in Bezug auf seinen Nachfolger sind unrichtig, da dieselben von Candidaturen sprechen, welche entweder gar nicht ernstlich in Frage gekommen oder wieder besiegelt sind. Ich kann wiederholen, daß wahrscheinlich ein bisheriger Ober-Präsident der Nachfolger des Herrn v. Selchow werden wird. Die Beschlussnahme wird übrigens nun in allerhöchster Zukunft erwartet.

= Berlin, 5. Januar. [Aus dem Kriegsministerium. — Herr v. Selchow. — Graf Königsmark. — Civilehegesetz.] Die Stellung, welche der General von Kameke in dem Ministerium Roon einnimmt, unterscheidet sich erheblich von derselben, welche der General von Stosch als preußischer Staatsminister hatte. General von Kameke hat gleich bei seiner Einführung in das Ministerium den Eid auf die Verfassung geleistet, den Herr v. Stosch erst jüngst als neu befördertes Mitglied des Herrenhauses in dessen ersten Sitzung, während der neuen Session geleistet hat. Wie man hört, wird durch die neue Anordnung der Ausgabe-Etat bezüglich der Gehälter der Minister nicht berührt werden. Es scheint, daß die 12,000 Thaler, welche Graf Roon als Kriegs-Minister begeben hat, auf seinen Nachfolger in diesem Amte übertragen werden. Jedenfalls wird schon zur Klärung dieser Verhältnisse eine Auseinandersetzung mit dem Abgeordnetenhaus erfolgen müssen. Unsere Angaben, daß eine solche zu erwarten sei, möchte schon in den nächsten Tagen ihre Bestätigung finden. Man erwartet in Abgeordnetenkreisen in dieser Beziehung die Initiative des Ministeriums, will aber, falls diese Erwartung sich nicht bestätigt, entweder im Laufe der Budgetberathung, oder durch einen besondern Antrag den beabsichtigten Zweck erreichen.

— Die Haltung des bisherigen Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Herrn v. Selchow findet allgemein eine lebhafte Anerkennung, als sie diesem Herrn während seiner ganzen Amtszeit zu Theil geworden ist. Herr v. Selchow hat seinen Freunden im Abgeordnetenhaus offen erklärt, er verlange, nachdem er sowohl in Bezug auf die Kreisordnungsvorlage, als namentlich auf den von ihm heftig bekämpften Pauschhub im Ministerium überstimmt worden war, seine Entlassung. Dies hat er ausgeführt und nichts konnte ihn bewegen, das Gefühl zurückzulassen. Die Bestätigung des Letzteren hat sich lediglich durch den Umstand verzögert, daß über den Nachfolger noch keine Entscheidung getroffen ist. Es fällt auf, daß die offiziellen Correspondenzen als solchen den Ober-Präsidenten der Provinz Posen, Grafen Königsmark, nennen. Der Umstand, daß der Graf wiederholte Anerbietungen ein Portefeuille zu übernehmen (zuletzt noch bei dem Richter des Finanzministers v. d. Heydt) abgelehnt hat, so wie seine vor Kurzem ausgesprochene Absicht, aus dem Staatsdienst zurückzutreten, lassen diese Angabe mindestens zweifelhaft erscheinen. — Die Absicht der gänzlichen Auflösung des landwirtschaftlichen Ministeriums gilt noch nicht als ausgegeben, sondern vorläufig nur für vertagt. Auch diese Angelegenheit wird im Abgeordnetenhaus demnächst zur Sprache gebracht werden, zumal, da man ohnehin auf den bereits früher ausgesprochenen Wunsch einer Wiedervereinigung des Veterinairwesens mit den Medizinal-Angelegenheiten zurückkommen will. Eine solche Einrichtung ist nach dem übereinstimmenden Urtheile beihilfloser Personen auf die Dauer doch nicht zu umgehen. — Es wird jetzt mit voller Bestimmtheit versichert, daß die Einbringung der Civilehe-Vorlage aufgegebene Sache sei. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es im Abgeordnetenhaus nunmehr zu einem Antrag auf die Vorlegung eines solchen Gesetzes kommen werde.

D. R. C. [Zur Neuformierung des Ministeriums.] In hiesigen polnischen Kreisen bildet die mit dem Jahreswechsel eingetretene Neuformierung unseres Ministeriums den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die Ernennung des Grafen Roon zum Ministerpräsidenten hat allgemein überrascht; sie kam so unerwartet, daß selbst die

„Prov.-Corr.“, deren Verbindung nach jener Seite hin ja Niemand leugnen wird, welche nicht immer parallel mit den Ansichten, die in dem Hotel in der Wilhelmstraße gehalten werden, — von Überraschung in Verlegenheit gerath, wie sie sich aus dem Widerspruch herauswickeln sollte, in den sie den vollendeten Thatsachen gegenüber durch ihre Mittheilung vor 8 Tagen gerathen war. Am 27. December hatte sie noch gesagt, daß, wenn auch Fürst Bismarck aufhören das geschäftliche Präsidium des Staatsministeriums zu führen, er doch nicht aufhören solle, die Seele und das Haupt derselben zu sein, daß das preußische Ministerium vielmehr das Ministerium Bismarck bleiben werde, — und 4 Tage später ernannte eine königliche Cabinetsordre den Grafen Roon zum Ministerpräsidenten. Wie es der „Prov.-Corr.“ ergangen ist, so ist es auch vielen Anderen, namentlich Organen der Presse ergangen; ja nicht allein vielen Organen der Presse, sondern auch solchen Personen, deren Stellung sogar erwarten ließ, daß ihnen von diesen Vorgängen etwas bekannt sein müsse. Ja man erzählt sich sogar, daß selbst unser leitender Staatsmann von dieser Ernennung überrascht worden sei, und wenn es heißt, daß Fürst Bismarck der gestrigen Hofstiftlichkeit im kaiserlichen Palais wegen Unwohlsein nicht beigewohnt habe, während zum großen Theil die übrigen Minister anwesend waren, so glaubt man diesen Grund weniger in dem Unwohlsein, als namentlich in einer Versetzung des Reichskanzlers suchen zu müssen, die in jener Ernennung ihre Ursache haben dürfte. Bringt man alle diese in letzterer Zeit zu Tage getretenen Ereignisse mit einander in Zusammenhang, so gewinnt jenes Gericht an Wahrscheinlichkeit, daß schon seit einigen Wochen in der Lust schwelt und welches meldet, daß die Gegner des Reichskanzlers und die Feinde des Reiches mit ihren Agitationen so lange fortgeführt sind, bis es ihnen gelungen ist, durch eine Hinterhältigkeitsstelle Eindruck zu verschaffen und diesem Einfluß wird es zugeschrieben, daß die Ereignisse der neueren Zeit sich nicht im Einklang befinden mit den Wünschen der Mehrheit des Volks und mit den bisher zur Geltung gelangten Regierungs-Prinzipien des Reichskanzlers. Ultramontane und Particularisten haben an dieser Stelle neuerdings mächtige Stützpunkte gefunden, und wenn sie und da Bedenken laut geworden sind, so haben diese in den allernächsten Ereignissen in noch höherem Maße Bestätigung und Mahrung gefunden.

D. R. C. [Ein Verlehrsmittel.] Die „Berliner Wochenschrift“ erfährt, daß das Bundeskanzleramt die Absicht hat, ein Verlehrsmittel zu gründen, dem sämmtliche deutsche Eisenbahnen unterstellt werden sollen. An die Spitze des neuen Ministeriums soll dem genannten Blatte zufolge, der General-Postdirektor Stephan berufen werden. — Wir knüpfen hieran die Mittheilung, daß schon seit einiger Zeit in gewissen Kreisen die Nachricht kursirt, daß es in der Absicht des Fürsten Reichskanzler liege, Bundesminister für gewisse Rechtsorte zu ernennen. Wir haben auf einige derartige Mittheilung umso weniger Gewicht gelegt, als uns bekannt ist, daß dieselbe bereits bei den 1871 in Versailles stattgehabten Verhandlungen der deutschen Minister zum Vorschein kam, als es sich darum handelte, in Gemeinschaft mit den Ministern der süddeutschen Staaten den Entwurf für das neue deutsche Reich zu berathen. Damals schon waren es die Minister der norddeutschen Staaten, welche sehr warm für diesen Vorschlag einztraten, während wiederum die Minister der Südstaaten denselben entschieden entgegnetraten, weil sie fürchteten, dadurch den Partikularinteressen ihrer Staaten und den Rechten ihrer Souveräne etwas zu vergeben. Wir glauben nicht, daß bei den Ministern der süddeutschen Staaten resp. an den Höfen ihrer Souveräns inzwischen eine andere Ansicht Platz gegriffen hat und deshalb haben wir jene Gerichte nur als dasjenige aufgefaßt, was sie auch tatsächlich nur sind und vorläufig auch wohl leider noch bleiben werden: fromme Wünsche!

[Das Befinden des Kronprinzen] hält sich in seinem günstigen Bestande. Neuerdings gebraucht er die Bäder von Wiesbaden, die auf seine Convalescenz vom günstigsten Einfluß sind.

[Die Festsaison des Hofgelehrten] wird in diesem Carneval noch stärker werden als wir bereits andeuteten. Die Tanzsalons des Fürsten Bismarck bleibent geschlossen, da, wie der Fürst, auch die Fürstin leidend ist, und die Tochter sich ganz der Gesellschaft ihrer Mutter widmet. Viele der großen Familien haben Trauer und auch die Diplomaten wird ziemlich traurig mit ihren Festen sein. Bei dem französischen Botschafter wird kein Ball stattfinden, ebenso wenig bei dem österreichischen, da eine Schwester des Gräfes Karoly gestorben ist.

[Die Prinzessinnen Elisabeth und Marie.] Töchter des Prinzen Friedrich Carl, werden bei der diesjährigen großen Cour zum ersten Male bei Hof erscheinen.

[Das Ministerium Roon] hat bereits ein dienstwilliges Organ in der Presse gefunden. „Die Post“ hat es übernommen, das Dunkel, welches dies neue Ministerium umhüllt, ein wenig zu lüften. Nach der „Post“ ist das Ministerium kein Ministerium des Fortschritts, aber auch keines des Rückgangs. Das Blatt leistet folgenden Satz:

„Die Gesetzgebung hat sich in den letzten Jahren so sehr angestrengt, daß es vielleicht geboten scheint, zunächst deren Wirkungen zu erproben und die Errungenheiten gegen den Missbrauch der Freiheit zu sichern.“

Auso das Ministerium Roon ist ein Ministerium des „Stillstandes“, wir gratuliren — schreibt die „Berl. Mont.-Ztg.“ — dem Lande zu diesen Aussichten und dem Ministerium Roon zu dem Preßorgan, das so verzweigt naiv aus der Schule plaudert!!

[Dem abgesetzten Prediger Sydow] ist von einem Unenannten, sofort nach Bekanntwerden seiner Amtserhebung, die Summe von — — 15,000 Thalern! zugesendet worden. Herr Prediger Sydow will, so lange er lebt, die Zinsen des Capitals annehmen, nach seinem Tode sich aber vorbehalten, über das Capital zu Gunsten milder Sifstungen zu versetzen.

Göttingen, 2. Januar. [Kraut +.] Der ordentliche Professor in der juristischen Facultät Geh. Justizrat Kraut ist am 1. Januar gestorben. Kraut, im Jahre 1800 in Lüneburg geboren, gehörte seit 1825 der Georgia-Augusta als erster Privatdozent, dann als Professor an. Er war einer der bedeutendsten Germanisten der Gegenwart; sein Hauptwerk ist: Die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechts.

Köln, 2. Januar. [Zum Infallibilitäts-Streit] wird der „A. A. Ztg.“ geschrieben: Man ist hier allgemein gespannt darauf wie die Sache mit dem fallibilistischen Lehrer am hiesigen Königl. Gymnasium an Marzellen, Herrn Dr. Brühl, enden wird, und diese ist jedenfalls so wie sie liegt, auch für weitere Kreise interessant. Herr Brühl versteht nämlich seit beinahe drei Jahren an der genann-

ten Unfall die Stelle des verstorbenen, bekanntlich ebenfalls anti-infallibilitisch gesinnt gewesenen Religionslehrers Dr. Bosen, aber nur provisorisch, und zwar heißt es, daß seine definitive Anstellung als Religionslehrer deshalb noch immer nicht erfolgt sei, weil die geistliche Behörde nicht wolle wie die weltliche, und umgekehrt. Nachdem nun Herr Brühl, welcher stets, im vorigen Sommer in einem Verhör auch vor dem Erzbischof Melchers, seine Überzeugung frei ausgesprochen, vor einigen Wochen sogar öffentlich als Gegner der neuen „Dogmen“ proklamiert worden ist, hat ihn jetzt der schnelle Bannstrahl? nein, nur das Gebot Exercitien zu halten und den „Deutschen Merkur“ abzuschaffen erreicht. Ist das nicht ein Siebenmeilen-Stiefel-Schritt in der Verfeinerung römischer Sitten? Andererseits soll nunmehr der betreffende Decretum im Provinzialschulcollegium zu Coblenz geneigt sein, nicht dem Herrn B., sondern einem der drei von Herrn Melchers vorgeschlagenen, also römisch, i. e. undeutsch gesinnten, Candidaten definitiv die fragliche Stelle zu übertragen. Wir sollten meinen, unter den Staatsbeamten, und nicht am wenigsten unter den Schulmännern, gebe es Römlinge mehr als genug. Zumal ein Religionslehrer weßt sich nur allzuoft eine solche Machtfulls anzueignen, daß er eine ganze Aufsicht mehr oder minder beherrscht; und so ist es denn speciell hier vorgekommen, daß der Director der größten hiesigen Lehranstalt (Realschule) auf Antrieb des infallibilitischen Religionslehrers den betreffenden Lehrern, hellweise unter Beleidigung eines bezüglichen Schreibens seitens des Erzbischofs Melchers, amtlich die Zumuthung stellte, ihre oppositionelle Stellung gegen das Vaticanum aufzugeben.

Köln, 4. Januar. [Graf Beust.] Nach einem der „Kölner Zeitung“ aus Wien zugegangenen Telegramme vom heutigen Tage hat Graf Beust am 21. v. M. eine Privatzuschiff an den Herzog von Gramont gerichtet, welche dieser unter dem 27. v. M. beantwortet hat. Graf Beust sieht nun jetzt im Begriffe, in Pariser Zeitungen eine weitere Erwideration folgen zu lassen, durch welche Deutschland über Österreichs Politik Auskunft gegeben werden soll. — Wie demselben Blatte gemeldet wird, ist jetzt Galizien definitiv in die Wahlreformvorlage aufgenommen, obwohl deshalb die Verhandlungen mit den Polen noch nicht abgebrochen worden sind und das Verhalten der Letzteren immer noch Modificationen zur Folge haben dürfte.

Kassel, 4. Januar. [Gratulation aus Italien.] Am Neujahrstage erhielt, wie das „Kreisbl. f. Hofg.“ mitthilt, das Kommando des 1. Hess. Husaren-Regts. Nr. 13 folgende Depesche: „Empfangen Sie, mein Oberst, die aufrichtigen Glückwünsche, welche ich bei Amttritt des neuen Jahres Ihnen und den braven Offizieren und Mannschaften des Regiments überende, zu dessen Chef das Wohlwollen Sr. Majestät des Kaisers mich ernannt hat. Humbert von Italien.“ Die Depesche war am 31. December in Rom aufgegeben und langte am 1. Januar Nachmittags in Hofgelsmar an.

+ Dresden, 5. Jan. [Eine Beustsche Stimme in der Gramont-A Angelegenheit. — Die unabhängige Dresdner katholische Hofgeistlichkeit. — Dr. Hanne und Mohl. — Die Auswanderungsgesellschaft „Saxonia“.] Der Wiener Correspondent des „Dresdner Journal“ aus dem Deutschen Lager, läßt sich über die Gramontschen Enthüllungen also vernehmen: „Was man auch immer sagen mag über einen noch einmal festgestellten Passus des vertraulichen Schreibens an Metternich vom 20. Juli 1870, so möge man darüber doch nicht die Hauptfrage vergessen, daß diesem Schreiben die österreichische Neutralitätsverklärung beiliegt. Lautete das Schreiben noch so sympathisch für Preußens Feinde, so enthielt es doch teils so starke Dinge, als seiner Zeit Herrn von Werthers Kabinett-Depesche aus Pest und vor Allem die vielbesprochene Usedom-Depesche.“ Die Mittheilung dieser Correspondenz zeigt von der bemerkenswerthen Unparteilichkeit unseres großen Regierungsbüros, der nur die Unabhängigkeit gleichkommt, mit welcher ihrer eigenen Aussage nach unsere katholische Hofgeistlichkeit sich im „Kathol. Kirchenblatt“ zunächst für Sachen“ auf die Seite des Papstes gegen das Reich stellen kann. In ihrer kirchlich-politischen Mundhauß sagt dieselbe u. A.: „Inzwischen aber überholt Deutschland noch immer des Herrn Wort: „O daß du es doch erkennst hättest an diesen deinem Tage, was dir zum Frieden dient. Nun aber ist es die verborgen“. Zwar fehlt es nicht an Anzeichen, daß einige „blinde Flüher der Binden“ den Holzweg merken, auf dem sie gerathen, aber noch ist es weit von der Erkenntniß, daß der Geheimbund, gegen die Osmani-Bomben Napoleon III. nach Sedan geführt haben: Über wenn sie es auch erkennen würden, wäre es doch wohl zu spät. Denn wie die Kirche ihr von Gott dictirtes „non possumus“ hat, so empfängt auch die Antikirche von Lucifer, der in Allem der Affe Gottes ist, die nämliche Losung“. So geschlossen auch die Redactoren der „Dresdner Nachrichten“, „Constitutionellen Zeitung“ und „Dresdner Presse“, Dr. Bierer, Adolat, Siegel und Dr. Döhn unbedenklich unsere Römlinge bekämpfen, in ihrer angeblich von oben wie von unten gesicherten Unabhängigkeit, deren sie sich rühmen, können sie deren Angstfälle verlachen. — Die Wahl des Dr. Hanne Sennens des Stadtrathes zum Subdiaconus der hiesigen Annenkirche, giebt unseren Orthodoxen Anlaß, an die Vergangenheit des allerdings dabei sehr thätig gewesenen Stadtrath Heubner zu erinnern, der bekanntlich 1849 Mitglied der provostischen Mat.-Regierung gewesen, dessen heutige Stellung aber just für die Achtung zeugt, die er sich jederzeit bei seinen Bürgern erhalten. Die Bestätigung der Wahl selbst erklären sie rund heraus für eine Unmöglichkeit. — Das Volksschulgesetz gelangt gleich in den ersten Tagen der nächsten Woche zur Schlafabstimmung und hält es nunmehr die gesammte freisinnige Partei geradezu für undenkbar, daß sich die Zweidrittelmehrheit der zweiten Kammer nicht für Ablehnung des Regierungsparagraphen und des Beschlusses der ersten Kammer, nach welchem der Zwangsbefehl der konfessionellen Schule den Eltern das freie Verfolgungsrecht über ihre Kinder verlängern soll, entscheide. — Zu der von einigen hiesigen Socialdemokraten unter Beihilfe des Hamburger Auswanderungs-Agenten für den Staat Michigan, Allardt, gebildeten Auswanderungsgesellschaft nach genanntem Staat, gehören schon über 150 Familien, von welchen etwa 80 zum Frühjahr zur Gründung der projectiven Niederlassung Saxonie abzureisen gedenken.

Ulm, 4. Januar. [Der Verein der hiesigen deutschen Partei] veröffentlicht in dem „Schwäbischen Merkur“ eine Erklärung betreffs der deutschen Reichseinheit, in welcher es unter Anderem heißt, daß, als die politische Einheit des Vaterlandes verwirklicht worden, es selbstverständlich erschienen, das bald ein deutsches Recht unter einem höchsten Gerichtshofe eingeführt werde. Der Antrag des deutschen

Reichstags, auf Erweiterung der Competenz des Reichs zum Zweck der Herbeiführung vollständiger Rechtseinheit, sei freudig begrüßt worden. Peinlich berühe daher die Thatsache, daß diesem Antrage einzelne Regierungen, unter ihnen die württembergische, beharrlich entgegentreten. Die Erklärung schließt mit einer entschiedenen und nachdrücklichen Zurückweisung aller partikularistischen Tendenzen und mit der Aufforderung an die württembergischen Abgeordneten zum Reichstage und Landtage, dem erwähnten Antrage jede mögliche Förderung und Unterstützung angedeihen zu lassen.

Stuttgart, 4. Januar. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] wurde zunächst der Antrag der Abgeordneten Hölder und Schmid auf Neustadt resp. Befestigung aller auf die Geschäftsaufgaben bezüglichen Bestimmungen der Verfassung, nachdem auch der Justizminister v. Mittag in seiner Eigenschaft als Abgeordneter sich dafür ausgesprochen hatte, angenommen und sodann der Antrag des Abgeordneten Elben und Genossen auf Verleihung des Rechtes der Initiative an beide Kammern mit 67 gegen 6 Stimmen genehmigt.

Deutschland.

Wien, 5. Januar. [Südbahn.] Nach einer von der Direction der österr. Südbahn getroffenen Bestimmung werden die Gesamt-Wochenausweise der Südbahn in diesem Jahre stets am Montage publicirt werden.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. [Der Neujahrsempfang.—Thiers und die Opposition.—Saint Vallier.—Der Dreißiger-Ausschuß.—Zur römischen Frage.—Die Clericalen und der Unterrichts-Minister.—Verschiedenes.] Nichts bemerkenswerthes ist den gestrigen Mittheilungen über den Neujahrsempfang in der Präsidenschaft zu Verschulden nachzutragen. Wohlweislich hat Thiers sich gehütet, irgend eine Ansprache von politischem Charakter zu halten; denn mit Bestimmtheit war darauf zu rechnen, daß die Gegner jedes seiner Worte commentirt und analysirt hätten, und sicherlich wären ihnen keine Neuherung entgangen, die zu neuen parlamentarischen Händeln Veranlassung bieten könnte. Die Erfahrungen, welche man mit der Botschaft gemacht, sind noch in zu frischem Angedenken, als daß Thiers Lust trüge, einer Opposition, die sich bisher durch seine entgegenkommende Haltung nicht hat entwaffnen lassen, neue Vorwände zu bieten. Die von allen Seiten aus den Departements dem Präsidenten der Republik zugehenden Nachrichten lassen ihm schwerlich einen Zweifel darüber, daß er unklug wäre, allzuweit der royalistisch-clericalen Partei nachzugeben, und daß für ihn das Sicherste ist, die Politik zu verfolgen, zu welcher er beim Beginne der Session sich so entschieden bekannt hat. Der französische Geschäftsträger beim deutschen Commando in Nancy, Herr de Saint-Vallier, war dieser Tage in Paris und hatte eine Audienz bei Thiers. Er berichtete unter Anderem natürlich über die Stimmung in den noch occupirten Landestheilen und versicherte Thiers, die ganze Bevölkerung sei für ihn und mit ihm. „Sie haben Recht!“, soll Thiers darauf boshaft geantwortet haben, „ich weiß es und fühle es, Frankreich ist in der Mehrheit conservativ-republikanisch; auch werde ich fest auf dem Terrain der Botschaft bleiben.“ Es ist klar, daß diese Erklärung höchst abgegeben nicht nach dem Geschmacke des 30er-Ausschusses des Avocaten der royalistischen Rechten, wäre. In einer Neujahrs-Rede eingeschachtelt, hätte sie wieder einen Sturm in der monarchischen Presse und Partei hervorgerufen. Aber in anderem Sinne hätte Thiers nicht sprechen können; er schwieg also, der Meinung jedenfalls, daß es ohnedies an Gelegenheit zum Streit nicht fehlen werde. Am nächsten Montag schon tritt die Kammer wieder zusammen und der Dreißiger-Ausschuß wird allen Ernstes Mittel und Wege suchen müssen, aus dem constitutionellen Labyrinth, worin er sich vertieft hat, herauszukommen. Allerdings steht es nicht darnach aus, als ob er der Lösung seiner Aufgabe nahe wäre, und der Pariser „Times“-Correspondent kann ohne große Furcht, seinem Prophetenrufe zu schaden, den Monat März als den Termint bezeichnen, zu welchem der Ausschuß mit seinem Bericht vor die Kammer treten würde. Also nicht von dieser Seite werden die ersten Wolken am parlamentarischen Himmel kommen. In Erwartung der großen constitutionellen Debatte aber fehlt es der Versammlung nicht an aufregendem Zeitvertreib. Man weiß, daß die Rechte eine Interpellation über die Ergebnisse in Rom vorbereitet. Der französische Clerus zeigt sich bei dieser Gelegenheit römischer als Rom und während die kirchlichen Organe jenseits der Berge sich durch die Unkunst des Herrn de Corcelles über den Übergang des Herrn de Bourgoing haben trocken lassen, läßt die hiesige ultramontane Presse sich nicht so leicht zuspielen stellen. Ein so exprobter Katholik Herr de Corcelles sein mag, so wird es nicht lange dauern, bis man ihm vorwirkt, er habe sich zum Werkzeug der Entledigung der Kirche hergegeben. Im Ubrigen ist diese ganze Affaire noch nicht zur Genuge aufgeklärt, und sie wird dadurch nicht klarer, daß man der „Times“ aus Paris telegraphiert, „die französische Regierung wolle die Vollmachten ihres Gesandten beim Papste ausschließlich auf die Angelegenheiten beschränken, welche sich an die jetzige Lage des heiligen Stuhls knüpfen.“ Man müsse daraus den Schluss ziehen, daß Herr de Bourgoing bisher Vollmachten besaß, die sich nicht nur an die jetzige Lage des heiligen Stuhls knüpfen, und dann wäre ein Wunder, nicht daß endlich Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden französischen Vertretern in Rom ausgetragen sind, sondern daß dieselben nicht bereits vor einem Jahre ausbrachen. Indes ist „Streitigkeiten zwischen den Gesandten“ hier nicht der rechte Ausdruck, denn es bestätigt sich (und es wird heut durch das Amtshblatt bestätigt), daß die beiden Gesandten de Bourgoing und Fournier, so schwierig ihre beiderseitige Stellung sein mag, keineswegs in ein Missverhältnis zu einander gerathen waren und daß speziell de Bourgoing sich in nichts über Fournier zu beklagen habe, der nur die Intrigenen der Regierung ausschufte. Um so näher liegt darum freilich die Vermuthung, daß es sich im Grunde um eine Intrigue der clericalen Partei in Versailles handelt, von welcher Partei de Bourgoing sich völlig beeinflussen läßt, und daß die Spitze dieser Intrigue nicht gegen Fournier, sondern vielmehr gegen Thiers und namenlich den Minister des Innern, de Nemours, gerichtet war.

Das wichtigste Stück des parlamentarischen Programms für die nächste Zeit ist aber die Diskussion über das Unterrichtsgesetz. Hierfür sammelt die clericalen Partei alle ihre Kräfte und Jules Simon mag sich zusammennehmen. Auch ihm wird seine Gesälligkeit für die Geistlichkeit nur schwach angerechnet werden und er wird großer Geschäftlichkeit bedürfen, um den Angriffen der Herren Dupanloup, Ernouf und Genossen Stand zu halten. Auf allen Themen des Gebiets macht der Clerus Propaganda gegen das doch so maßvolle neue Gesetz und in mehreren Provinzialblättern finden wir sehr erbauliche Proben von den Reden, welche die Pfarrer gegen dasselbe halten. Geben wir nur einen Abschnitt aus der Rede eines Pfarrers in der Nähe von Bar-le-Duc: „Frankreich ist verloren, wenn man das Unterrichtsgesetz annimmt. Die Freidenker, die Materialisten, die Atheisten, Muselmanen, Protestanten, Juden werden die jetzigen Lehrer verdrängen. Es wird keine christlichen Brüder noch Schwestern mehr in der Schule geben. Man will Gott verbannen, uns in den Zustand der Wilden zurückführen und nur Barbaren aus unsern Kindern machen, welche zuerst die Schande ihrer Eltern, nachher die Zersetzung der Gesellschaft sein werden“ u. s. w.

Eine Depesche bestätigt, daß der Sohn des Grafen Daru in Japan ertrunken ist. — Am 16. Januar wählt die Akademie den Nachfolger des verstorbenen Pater Gratry. Die meiste Aussicht auf Erfolg hat Saint-Rene-Philibert, bekannt durch seine Artikel in der „Revue des deux Mondes“. Der Herzog von Broglie patronisiert diesen Kandidaten eifrigst.

Großbritannien.

A. A. C. London, 2. Jan. [Mit Bezug auf die französischen-Kriegs-Contribution] läßt sich der „Scotsman“ schreiben: „Herr Leon Say, der französisch. Finanzminister, führt mit den Rothschilds Unterhandlungen für eine Garantie des an Deutschland noch schulden Geldes. Er ist ein alter und intimer Freund der Rothschilds, und das einzige Hindernis für den Erfolg der Unterhandlungen ist, wie man sagt, die Frage der Belohnung des Augens unter den Bankiers, die sich den Rothschilds in dieser Transaction anschließen sollen. Die französischen Regierung hat 840 Mill. Frs. in fremden, innerhalb der nächsten 150 Tage fällig werdenden Wechseln in Händen und schuldet Deutschland noch 2100 Mill. Frs. Die deutsche Regierung ist in Kenntnis gesetzt worden, daß 220 Mill. Frs. am 15. Januar, und eine gleiche Summe resp. am 15. Februar, März, April und Mai gezahlt werden würde, so daß nach dieser letzten Zahlung nur noch 1000 Mill. Frs. fällig bleiben werden. Diese Summe wird sofort gezahlt werden, wenn die mit den Rothschilds und Consortium geführten Unterhandlungen reuisten.“

[Rede des Kriegsministers in Oxford.] In der Stadt-halle in Oxford fand am Neujahrstage das herkömmliche Jahresspektakel des Druden-Ordens statt, zu welchem auch die parlamentarischen Vertreter der alten Universitätsstadt, der Kriegsminister Cardwell und Herr Vernon Harcourt, Einladungen angenommen hatten. Ersterer beantwortete den Toast auf das Wohl der städtischen Parlamentsmitglieder mit einer längeren Rede, in welcher er sich über die Vertheidigungsstreitkräfte des Landes verbreitete.

Indem er seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß das Land im Gegenjahr zu den Staaten des Continents kein großes Heer zu unterhalten brauche, stellte er die Zeit in nahe Aussicht, wo die Regierung im Stande sein würde, alle die militärischen Kräfte, welche die Nation befehlt, wirksam mit einander zu verbinden und Allen Gelegenheit für hinlängliche Kriegsausbildung zu bieten. England braucht keine Invasionssoldaten eine Vertheidigungs-Armee. „Wir — führt der Minister fort — haben keine ehrgeizigen Absichten; das Scepter unserer erlauchten Souveränität herrscht über ein Reich, das weit genug ist; wir sind zufrieden und stolz auf einen Thron, dessen breite Grundlage der Wille des Volkes ist, und der von dem unentzweyten Meere umgeben ist. (Lauter Beifall.) Und wir wünschen nichts Besseres als die Fortdauer von dem, was, wie wir glauben, die allgemeine Stimmung auf dem Continent ist, nämlich, daß daselbst keine Eifersucht auf unsere Macht herrscht, sondern daß die Stärke Englands allenhalben nur als ein größeres Gewicht in der Waagschale des europäischen Friedens betrachtet wird.“ (Stürmischer Beifall.)

Ueber die Zustände in der Internationale wurden den „Times“ von einem Correspondenten die nachstehenden Mittheilungen gemacht: „Der New-Yorker Rath der Internationale, Nachfolger des einst famosen Londoner Rathes, hat an die europäischen Föderationen, Sectionen und Ausschüsse der Gesellschaft ein Edikt gerichtet, wodurch denselben aufgegeben wird, ohne Verzug die Namen, Adressen, Besitztungen, das Alter und sonstige Einzelheiten von Mitgliedern einzusenden, die sich dazu eignen, als agitierende Agenten der Gesellschaft zu fungieren, damit sie so schleunig wie möglich mit den erforderlichen Beglaubigungsschreiben versehen werden können. Um Zeitverlust zu vermeiden, sollen die Antworten durch die kürzest mögliche Route nach New-York gesandt werden, aber zur Authentizität der gesetzten Einzelheiten ist es gebietsspezifisch nothwendig, daß eine genaue Abschrift gleichzeitig an Karl Marx in London nechickt werde. Dies hat zum Zweck, daß nur solche Beglaubigungsschreiben erhalten, die Karl Marx annehmbare sind, und von ihm approbiert werden, und da diese Agenten natürlich mit ihm in beständiger Communion zu stehen haben werden, so wird er tatsächlich der Autokrat der Bewegung und nicht länger durch Beifahrer, denen von Zeit zu Zeit das Compliment, ihre Zustimmung einzufordern, gezwollt werden müsse, gefesselt sein. In Frankreich stoßen diese Agenten Mitglieder ohne ein Gehör aus, und lösen nach Belieben Sectionen, Ausschüsse und Föderation auf, um die Gesellschaft von Allen vernünftigen und gemäßigten Männern zu säubern. Der in der Weihnachtswoche in Brüssel abgehaltene halbjährige Congrès der Belgischen Föderation der Internationale hat die Beschlüsse des Haager Congresses als willkürliche, autoritative, und gegen den Geist und die Prinzipien der Föderation getadelt und dieselben als das Werk einer fälschlichen Majorität für null und nichtig erklärt. Die verschiedenen nationalen Föderationen sollen eingeladen werden, einem föderalen Pact beizustimmen, dessen Angehöriger in keiner Weise den neuen Generalrath in New-York anerkennen solle.“

Amerika.

Newyork, 21. Decbr. [Untersuchung wegen angeblicher Bestechung mehrerer Congresmitglieder.—Eine Orde des Marineministers.] Ungemeines Interesse erregt in den weitesten Kreisen die in vollem Gange befindliche Untersuchung gegen verschiedene Congresmitglieder, welche sich von ihrem Collegen Dales Ames durch Überweisung von Credit-Mobilier-Actien angeblich bestochen liegen und verschiedene Maßregeln zu Gunsten der Union Pacific-Eisenbahn-Compagnie votirten. Diese Aufflage spielte während des letzten Wahl-Campagne eine große Rolle; bei den Verleumdungen, welche zwischen beiden Parteien in der Hitze des Geschehens hin und her geschleudert wurden, wandte man ihr aber keine besondere Aufmerksamkeit zu, um so weniger, als sowohl Demokraten wie auch Republikaner sich unter der Zahl derselben befanden, welche das wertvolle Douceur nicht zurückgewiesen haben sollen. Man ging damals in den Anschuldigungen so weit, den Vicepräsidenten Gofax, den Sprecher des Hauses, Blaine, und den Finanzminister Boutwell, kurzum die ersten Persönlichkeiten des Landes neben vielen unbedeutenden Namen als Acteure in dieser Scandalgeschichte zu nennen. Das Erste, was der Congres bei seinem Zusammentritt hat, war, auf Antrag der Beschuldigten ein Comité zu ernennen, welches die Aufflage einer gründlichen Untersuchung unterziehen solle. Ein solches Verfahren war töricht; man beging jedoch den unverzeihlichen Fehler, die Verhandlungen der Commission unter Ausschluß der Defense stattfinden zu lassen und gab dadurch dem gegründeten Verdachte Raum, daß man es auf eine Verfälschung des Scandals abgesehen habe. Was bis jetzt von dem Verhöre unter das Publikum gedrungen, bestätigt die schlimmsten Gerüchte und läuft darauf hinaus, daß verschiedene Congresmitglieder mit Actien bedacht worden sind und enorme Dividenden bezogen haben. Sobald die Sache ansichtig wurde, gaben einige die Actien an Dales Ames zurück; Andere, die habfuchigen Charakters waren, übertrugen ihren Anteil an Familienmitglieder, ein zu durchsichtiges Manöver, um irgend jemanden zu täuschen, und mit Ausnahme von Gofax, Boutwell und Blaine, welche unbestreitbar dastehen, würde der Mantel der Unschuld, in welchen sich die meisten Congresmitglieder hüllen möchten, durch eine unparteiische

Untersuchung einen argen Riß erhalten. Ist auch fast mit Sicherheit anzunehmen, daß das Verdict der Commission auf „Nichtschuldig“ lautet wird, so kann man sich in unbefangenen Kreisen, trotz des Mangels an juridischen Beweisen, schwerlich der Überzeugung entschlagen, daß viele unserer Repräsentanten ihr großes Amt schändlich mißbraucht haben.

Ereuerliches aus Washington enthält eine Ordre des Marineministers Robeson in Betreff eines farbigen Cadetten, den seine Collegen in der See-Akademie zu Annapolis auf das unwürdigste bekleidigt hatten. Die seinen Herrchen, welche dort auf Kosten der Vereinigten Staaten zu künftigen Seehelden ausgebildet werden, fanden es unter ihrer Würde, mit einem „Nigger“ zusammen zu dienen, und dieselben Exesse, welche aus ähnlicher Ursache vor einigen Jahren in dem Westpoint-Cadettencorps stattgefunden, wiederholten sich auch hier, glücklicherweise mit denselben Consequenzen. Die ungehorsamen Cadetten wurden hart bestraft und in der Bestätigung des Urtheils bleibt der Marineminister den jungen Leuten zu verstehen, daß jeder politische Unterschied betreffs Farbe oder Race in unserem Lande aufgehobt habe, denn selbst der Senat der Vereinigten Staaten zähle farbige Männer zu seinen Mitgliedern. Die erste Pflicht eines zukünftigen Soldaten sei der Gehorsam und derjenige, welcher, wie die Cadetten, Wohlthaten vom Staate entgegen nimmt, sei nicht in der Lage, die Gesetze desselben kritisch zu dürfen. Trotz wiederholter Warnungen haben es einige gewagt, durch persönliche Verfolgungen ihr Missvergnügen über die Anwesenheit des farbigen jungen Mannes zu bekunden. Als ein ohnmächtiger Protest gegen den Geist des Gesetzes sei ein solches Vertragen Thorheit, als Ausdruck der Arroganz dem einzelnen Vertreter einer bisher unterdrückten Race gegenüber, sei es unmöglich, und als Vereinigung Bieler, um einen Einzelnen zu unterdrücken, sei es Feigheit. Die zuerkannten Strafen sollen daher unverkürzt zur Ausführung kommen. Diese Worte sind zur rechten Zeit und im rechten Geist gesprochen und sollten auch außerhalb des Cadettencorps beherzigt werden. Nicht nur im Süden, sondern auch im Norden giebt es Viele, welche die Errungenschaften des Krieges wieder gerne rückgängig machen möchten und die sociale Gleichstellung des Negers muß nicht nur im Prinzip anerkannt sein, sondern darf auch in Wirklichkeit auf kein Hindernis stoßen. (N.-Y. Handelszg.)

Provinzial-Beitung.

Breslau, 6. Januar. [Der Haupt-Bieh-Assuranz-Fonds im Regierungsbezirk Liegnitz] hatte nach der, von der Königlichen Regierung veröffentlichten Übersicht im Jahre 1871 eine Einnahme von 4475 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf., dagegen eine Ausgabe von 205 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., so daß also am Jahresende ein Bestand von 4270 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. verblieb. Aus diesem Fonds werden nämlich die durch die Rindviehseuche verursachten Verluste vergütet.

** [Geschenk.] Herr Commissionsrath Wesel hat dem Johanneum ein sehr gut in Del ausgeführtes, lebensgroßes Brustbild Sr. Majestät des Kaisers als eine in hohem Grade erwünschte Bilde für den Brüderungsausschuß gemacht. In dem diese Gabe begleitenden Schreiben an das Curatorium der Anstalt erklärt Herr Wesel, daß er diese Stiftung aus Anlaß der glücklichen Genebung Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen und in dem Wunsche gemacht habe, der heranwachsenden Jugend das Andenken an den großen Herrführer der letzten siegreichen Kriege stets gegenwärtig zu halten.

— Görlitz, 4. Januar. [Zur Tageschronik.] In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden die neu gewählten unbesoldeten Stadträthe Drawe, Krause, May, Schiedt und Struve, von denen der letztere Herr schon seit einer Reihe von Jahren dem Magistratcollegium angehört, in ihr Amt durch den Herrn Oberbürgermeister Gobbin eingeführt. Vor der Bereidigung wies der Chef der städtischen Verwaltung in beweglichen Worten auf die Pflichten hin, welche die neuen Magistratsmitglieder durch die Annahme der auf sie gerichteten Wahl übernommen haben, und ersuchte dieselben namentlich, in dem Berichte mit ihren Collegen stets dessen eingedenkt zu sein, daß auch im Widerspruch der Meinungen die Gemeinsamkeit des Strebens sie vor jeder persönlichen Missstimmung bewahren müsse. — Das nun wieder vollzählige Magistratcollegium wird allem Antheil nach in nächster Zeit noch anderweitige Veränderungen erleiden, da mehrere befoltete Mitglieder desselben anderweitige Stellungen annehmen beabsichtigen. — Wie gewöhnlich, so eröffnete auch diesmal der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung die Berathungen damit, daß er eine gebrägte Übersicht über die Tätigkeit der Versammlung in dem Vorjahr gab. Wir entnehmen der selben, daß die Stadtverordneten im Jahr 1872 35 ordentliche Sitzungen hielten, an welchen durchschnittlich 45 Stadtverordnete sich beteiligten. Nur 2 Mitglieder der Versammlung, ein vielbeschäftiger Arzt und ein pensionirter Offizier sind in keiner Sitzung erschienen. Der letztere dieser Herren hat sein Mandat nun niedergelegt. — Durch Tod, Wegzug, Mandatsniederlegung und Übersicht in das Magistrat-Collegium sind 10 Plätze in der Stadtverordneten-Versammlung erledigt. Die Versammlung lehnte es jedoch einstimmig ab, die Ergänzung dieser Lücken durch eine außerordentliche Wahl zu veranlassen. — Zum Vorsteher der Versammlung wurde mit großer Mehrheit Herr Fabrikbesitzer Halberstadt und zu dessen Stellvertreter Herr Fabrikbesitzer Hecker wiedergewählt. Als Protokollführer fungirt seit einiger Zeit ein städtischer Bureaubeamter. — Wie schon früher mitgetheilt ist, bestichtigt man, den Rest des ehemaligen Bürgerbürosystems, die Brüdergymnasialschule nur in eine Mädchenschule überzuleiten, nachdem die Knabeklassen dieses Systems die Grundlage der unvollendeten außerordentlich frequentierten Mittelschule gebildet haben. Zum Directoren der neuen Mädchenschule, an welche eine Mädchensorbitungsschule angeschlossen werden soll, wurde vom Magistrat der Hector Dr. Borbrodt aus Neuhausenleben mit einem Gehalt von 1100 Thaleren berufen. Dagegen ist unter Gymnasium wiederum in Gefahr vom 1. April 1873 ab eines Directors zu entbehren. Denn wie die hiesigen Blätter melden, wird der Gymnasialdirektor Dr. Hanow zu Tübingen, welcher die auf ihn gefallene Wahl bereits angenommen hatte, es vorziehen, am 1. April die durch den Tod seines Vaters erledigte Stelle des Directors an dem Paragogium zu Bühlau anzutreten. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Magistrat bei einer Neuwahl nur eine solche Persönlichkeit ins Auge setze, welche geeignet ist, am 1. April nun auch wirklich die Leitung des Gymnasiums zu übernehmen; eine Verlängerung der bisherigen Zustände, wie hier durch die nun fast jahrelange Unvollständigkeit des Lehrercollegiums verhindert sind, könnte nur als eine schwere Schädigung des Gymnasiums beklagt werden. — Ein Curatorium wollen wir noch mittheilen. Nach langen Verhandlungen ist es dem Magistrat gelungen das Terrain für die Verlängerung der Blumenstraße, über die Moltkestraße hinaus bis zur Promenade zu erwerben und dadurch einen Zugang von der neuen Neissebrücke nach dem Wilhelmplatz zu schaffen. Das zeigt sich jetzt, wo man am Ende der mährischen Verhandlungen angelangt zu sein glaubt, daß ein früherer Besitzer des an der Moltkestraße gelegenen Grundstückes, welches zunächst von der neuen Straße berührt wird, bei dem Verkauf sich ein kleines Flederländchen, dessen Besitz zur Herstellung der Straße unumgänglich nothwendig ist, vorbehalten hat, und nur dessen Hergabe verweigert. Da die hinterliegenden Grundstücke das Heber über dieses Grundstück zu fahren, so wird zwar die Freilegung der Straße erfolgen können, aber es wird, da die städtischen Behörden nicht gezeigt scheinen, für Erwerbung des kleinen Streifens erhebliche Opfer zu bringen, der eigentlich ungünstige Zustand eintreten, daß die neue Straße von der Promenade bis zu dem fraglichen Grundstücke als städtische Straße ausgebaut, ihre Verbindung mit der Moltkestraße aber lediglich durch die den Adjacenten der Straße zugehörige Fahrgerechtigkeit nur für diese hergestellt wird. Ob bei der doch wohl endlich stattfindenden Expropriation des kleinen absolut unmaurablen Stückchen Landes ein bedeutender Gewinn für den Besitzer herauskommen wird, möchten wir bezweifeln. — Auf Anregung des Herrn Stadtbaurath Marx hat der Magistrat beschlossen, mit der Auflösung eines Altenburg-Museums, durch Auflösung der bisher hier und dort aufbewahrten, teils schönen und wertvollen Reliquien aus der Vorzeit unserer Stadt, in einem geeigneten städtischen Locale einen Anfang

zu machen. Wir begrüßen diese Einrichtung mit Freude und möchten der selben die kräftigste Unterstützung seitens des Publums wünschen.

© Trebnitz, 4. Januar. [Aufhören des städtischen Kreis-Lazareths. — Verkauf der städtischen Ziegelfabrik.] Durch Vertrag vom 11. October voriger Jahres ist in Folge eines, Seitens der Königlichen Regierung bestätigten Kreistags-Beschlusses, von dem Malteser-Orden die Verpflichtung übernommen worden, gegen eine aus Kreismitteln zu zahlende Entschädigung von jährlich 600 Thalern vom 1. d. Mts. ab alle diejenigen Kranken, welche bisher auf Kosten des Trebnitzer Kreises in dem städtischen Kreis-Lazareth hier selbst unentgeltlich versorgt worden sind, in dem Malteser-Lazareth, welches in dem ehemaligen Kloster hierzu eingerichtet worden ist und von barmherzigen Schwestern geleitet wird, aufzunehmen, ohne daß durch die Kur- und Verpflegung daselbst den Kranken Kosten erwachsen. — Demgemäß ist das bisher bestandene, dem Kreise gehörige Lazareth am 31. December v. J. geschlossen worden. Außerdem werden nach einer Bekanntmachung der General-Oberin der barmherzigen Schwestern im Malteser-Krankenhaus auch andere Kranke, die nach einem ärztlichen Urtheil als heilbar zur Aufnahme bezeichnet und der Verpflegung bedürftig sind, jederzeit sowohl es der Raum gestattet, unentgeltlich aufgenommen. Doch müssen alle Kranken, die sich zur Aufnahme melden bis 9 Uhr Vormittags, zur Zeit der ärztlichen Visite im Krankenhaus sich einfinden resp. dahin befördert werden. — Verunglimpfungen dagegen werden zu jeder Stunde sofort aufgenommen. — Die der Stadtgemeinde hier selbst gehörige Ziegelfabrik, sowie die dazu gehörige Gründfläche und das ca. 6 Morgen große Ackerstück soll verkaufen werden und hat Magistrat hierzu einen Termin auf den 3. Februar v. J. früh 10 Uhr in dem Rathause hier anberaumt. — jedenfalls werden der Kauflustigen nicht wenige sein, da die besagte Ziegelfabrik äußerst günstig gelegen ist. — Die Sammlungen für die an der Ostseestraße Nothleidenden nehmen auch hierzu gewünschten Fortgang und ist bereits ein erläufiges Säumchen an den betreffenden Hilfsverein in Berlin abgesandt worden.

=y = Königsdorff-Jastrzem, 4. Januar. [Der Kohlenfund.] Mit Bezug auf Ihre neulichen Mittheilungen über einen hier durch Hr. Gobiel gemachten Kohlenfund, wird es Ihnen vielleicht interessant sein zu erfahren, daß bereits seit dem Jahre 1857 hier starke Kohlenflocke der besten Qualität erhoben worden sind, und daß die in Folge jener Funde verbliebenen Grubenfelder ½ Austria, Pannonia, Silezia und Germania seit mehr als 1½ Jahren an das große Banhaus Max Springer in Wien verkauft worden sind. Alle diese Grubenfelder liegen aber in so unmittelbarer Nähe der höchsten Heilquellen, daß die königl. Bergbehörden ihren Betrieb untersagt haben. Die Quelle ist auf Anordnung der Behörden von dem Chemiker Hrn. Dr. Meusel in Breslau einer genauen Analyse unterworfen und ihr Gehalt so überraschend reich an Jod und Brom gefunden worden, daß sie in der That als ein Unicum zu betrachten ist. Die Besitzer des höchsten Bades, denen das Mithaurecht an der Austria zusteht, ersüßen daher nur ihre Pflicht, wenn sie auf den vielleicht lukrativeren Bergbau lieber verzichten, als die Quelle gefährden lassen, und so wird wohl auch der Funb, von dem Sie berichteten, sobald noch nicht zum Bergbau führen.

(Notizen aus der Provinz.) * Niesky. Der „Nied. Btg.“ wird von hier geschrieben: In der Sylvesternacht fand in dem nahen Ober-Cojet in einem Ziegelofen ein Mann aus Petershain den Tod momentan. Derselbe hatte dort noch spät Abends u. Almosen geben und bei keinem der Gastwirthe ein Nachquartier erhalten, weil er an Spirituosen schon genugsam gefüllt und auch wohl zahlungsunfähig gewesen sein soll. Man hatte ihn deshalb aus Mitleid auf ein, in einem Tages vorher abgebrannten Ziegelofen bereitete Stroh Lager gelegt, das in der Nacht zum Brennen getommen ist. Die gerichtliche Untersuchung dieses Unglücksfalles ist bereits angehängt gemacht.

+ Brieg. Das „Oberbl.“ meldet: Daß der Bahnhof für die auf dem rechten Oderufer untere Stadt berührenden, mindestens in der Linie Brieg-Gels sicher zur Ausführung gelangenden Bahnen voraussichtlich und bestimmt auf dem rechten Oderufer (des Ueberschwemmungsgebietes halber in der Nähe von Schreibendorf) angelegt werden wird und daß die Verbindung mit den Oberschlesischen und nach Neisse-Oder führenden Bahnen durch eine zwischen Zuckersfabrik Concordia und Rohrig'scher Maschinen-Bauanstalt über die Oder zu legende Brücke und einen bei dem Oberschlesischen besonders einzurichtenden „Rangier-Bahnhof“ bereitstellt werden wird.

Δ Oels. Die neueste Nummer des Kreisblattes enthält folgenden Rücksichtigen Erlaß: „Auf den Bericht vom 12. December cr. will ich den Landrat des Kreises Oels, von Rosenberg-Lipinsly, obwohl daß in diesem Kreise belegene Rittergut Gutwohne, durch dessen Mittelstük er die Wahlbarkeit als Landrat erlangt hatte, veräußert worden ist, von der Verpflichtung zur Niederlegung des landräthlichen Amtes hierdurch in Gnaden entbinden.“ Berlin, den 14. December 1872. (gez.) Wilhelm. (gez.) Graf Eulenburg.“

* Ratibor. Der Bestand der Cholerafälle am 28. d. M. war 3, seitdem polizeilich gemeldet bis 3. d. Mts. 11, zus. 14. Davon gestorben 3, genesen 4, bleiben 7 Cholerakrank.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Berlin, 5. Januar. In einer heute stattgefundenen Generalversammlung der Berliner Schriftschriften wurde der Beschluß gefaßt, den für den 15. d. M. anberaumten Delegiententag in Leipzig, welcher mit einem Normaltarife denselben Normaltarife zuvorkommen soll, welchen die deutschen Druckereibesitzer in einer für den Mai in Aussicht genommenen General-Versammlung aufzustellen beabsichtigen, durch einen hiesigen Delegierten zwar zu beschließen, diesem aber zur Pflicht zu machen, daß er gegen jeden Normaltarif stimme, der niedriger sei, als der gegenwärtige Berliner.

Triest, 4. Januar. Der Lloyd-dampfer „Diana“ ist heute früh 8 Uhr mit der ostindisch-chinesischen Überlandpost aus Alexandria hier eingetroffen.

London, 4. Januar. Die Regierung hat, dem „Globe“ zufolge, der hiesigen „Geographischen Gesellschaft“ die Mittheilung zu geben lassen, daß sie sich abgehalten seien, auf die ihr jüngst betreffs Unterstüzung der neuen Nordpol-Expedition gemachten Vorschläge einzugehen. — Im Besinden des Kaisers Napoleon ist leider keine Anerkennung eingetreten.

London, 4. Jan. Die englischen Panzerfregatten „Northumberland“, „Hercules“, „Sultan“ sind während des letzten Sturmes stark beschädigt worden.

Brüssel, 4. Jan. Die „Agence Havas-Bullier-Reuter“ meldet, daß der Vertrag über Gestellung der Eisenbahnlinien der Grande Compagnie du Luxembourg an die neu gebildete Gesellschaft gestern Abend unterzeichnet worden ist.

Lissabon, 4. Januar. Die bei der Eröffnung der Kammern gehaltene Thronrede erwähnt der Finanzreformen, durch welche ein vollständiges Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts erzielt sei und constatirt, daß der allgemeine Wohlstand des Landes sichtlich zunehme, was wesentlich der im ganzen Reich herrschenden Ruhe zuzuschreiben sei. Die vor einigen Monaten stattgehabten unbedeutenden Unruhen hätten irgendeine erhebliche Störungen nicht hervorgerufen und seien besiegelt, ohne daß eine Suspension der verfassungsmäßig garantirten Freiheiten erforderlich gewesen wäre. In den Handels- und Creditverhältnissen sowie auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Industrie mache sich ein allgemeiner Aufschwung bemerkbar. Die Regierung rechnet für ihre Maßnahmen auf die Unterstützung der beiden Häuser des Parlaments und betrachte als die ihr zunächst liegende Aufgabe, die Eisenbahnlinien in den nördlichen Provinzen Minho und Beira auszubauen, durch deren Vollerlung die kürzeste Verbindung zwischen Lissabon und Frankreich, und damit zwischen Portugal und dem ganzen europäischen Staatencomplex hergestellt sein werde.

Petersburg, 5. Januar. Der heutige „Regierungs-Anzeiger“ erklärt das Gerücht, daß die Universität von Dorpat nach Poloz im Bezirk Wilna verlegt werden solle, für ein jeder Begründung entbehrendes.

Petersburg, 5. Januar. Bulletin von Sonntag Morgen: Die Nacht war ziemlich ruhig, gegen Morgen hat der Thronfolger vier Stunden ohne Unterbrechung geschlafen. Der Fieberzustand ist gegen gestern unverändert.

Newyork, 3. Januar. Im Gebiete des Ohio und Mississippi ist eine beträchtliche Anzahl von Flussbooten und Dampfschiffen durch das Treibeis zerstört worden. — Ein Bericht des agrarischen Bureau bestätigt die im November ausgesprochenen günstigen Aussichten über den Ertrag der diesjährigen Ernte. — Einer Meldung aus Melbourne zufolge sind zwei britische Kriegsschiffe von dort nach Honolulu in See gegangen.

Berliner Börse vom 4. Januar 1873.

Wechsel - Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Amsterdam 250Fl.	1. S. 15	140 1/4	bz.
do. do.	2 M. 5	133 1/2	bz.
Hamburg 300 Mk.	1. S. 15	145 1/2	bz.
do. do.	2 M. 3	148 1/2	bz.
London 1 Lst.	3 M. 5	6.20 1/2	bz.
Paris 300 Frs.	2 M. 5	—	
Wien 150 Fl.	8 T. 6	92 1/2	tz.
do. do.	2 M. 5	91 1/2	bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M. 4	56 1/2	G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 6	99 1/2	G.
do. do.	2 M. 4	—	
Frankf.a.M. 100Fl.	2 M. 5	—	
Petersburg 100SR.	3 M. 6	89 1/2	G.
Warschau 90 SE.	8 T. 6	81 1/2	bz.
Bremen	8 T. 6	—	

Fonds und Geld-Course.

Nordde. Bundes-Anl.	5	101 1/2	G.
Freiv. Staats-Anleihe	4 1/2	101 1/2	G.
Staats-Anleihe v. 1859	5	101 1/2	G.
dito	1854/5	102	bz. G.
dito 1856/57/59/64	4 1/2	102	bz. G.
dito 1867/68	4 1/2	102	bz. G.
dito consolid.	4 1/2	103 1/2	G.
dito 1850/52	4 1/2	95 1/2	G.
dito 1853	4	95 1/2	G.
dito 1862	4	95 1/2	G.
dito 1868	4	95 1/2	G.
Staats-Schuldchein.	5	84 1/2	bz.
Pram.-Anleihe v. 1855	3 1/2	124 1/2	bz.
Berliner Stadt-Oplig.	4	102 1/2	bz.
Göln.-Mind.-Prämiens	4	94 1/2	bz.
Königl. Bodenbriefe	5	99 1/2	bz.
Central-Boden-Cr.	5	101 1/2	bz.
do. Unkinderb.	5	100 1/2	bz.
Pommersche	5 1/2	81 1/2	G.
Pommersche	4	90 1/2	bz.
Schlesische	3 1/2	82 1/2	G.
Kur. u. Neumärk.	4	95 1/2	bz.
Pommersche	4	93 1/2	bz.
Pruessische	4	93 1/2	G.
Westfäl. u. Rhein.	4	97 1/2	G.
Sächsische	4	97 1/2	G.
Kurh. 40 Thlr.-Loose	70	G.	
Oldenburger Loose	38 1/2	G.	
Louisiana 110 G.	Dollars 1.1 G.		
Sovereigns 6.21 G.	Frm'd. Bkn. 99 1/2 G.		
Napoleons 5.10 1/2 G.	Oest. Bkn. 92 1/2	bz.	
Imperials 5.16 G.	Russ. Bkn. 52 G.		

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.	
Berlin-Görlitzer	5
Berlin-Nordbahn	—
Breslau-Warschau	5
Halle-Sorau-Guben	5
Hannover-Altenb.	5
Kohlfurt-Falkenb.	—
Märk.-Posener	5
Magdeb.-Halberst.	3 1/2
Ostpr. Südbahn	0
Rechte O.-U.-Bahn	5

Kontaktbriefe

Bank- und Industrie-Papiere.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/2	65 1/2	bz. r. G.
Berliner Papierrente	4 1/2	61 1/2	bz. B.
do. Lott.-Anl. v. 60	50	96	bz. B.
do. 54er Präm.-Anl.	4	92	G.
do. Credit-Losse	—	118	bz.
do. 64er Losse	—	91 1/2	B.
do. Silberfandbr.	5 1/2	86 1/2	bz. G.
Pfd. d. Oest.-Brd.-Cr. G.	—	92	G.
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2	85 1/2	bz. G.
Euss. Präm.-Anl. v. 64	3 1/2	130 1/2	ss.
do. do.	1866	128	bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	4	91 1/2	bz. B.
Euss.-Pfd. Schatz-Ob.	4	75 1/2	G.
Pfd. I. III. Em.	4	76	bz. G.
Poli. Pfandbr. III. Em.	4	64 1/2	bz. G.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	68	96 1/2	bz. G.
do. do. p. 1883	68	98 1/2	bz. G.
do. do. 5% Anleihe	—	95 1/2	bz.
Badiache Präm.-Anl.	4	109 1/2	bz. B.
Frans. Präm.-Anl.	4	112	bz. B.
Frans. 4% Anleihe	4	112	bz. B.
Frans. 3% Anleihe	4	83	bz.
Ital. Tabak-Oblig.	5	68 1/2	bz.
Raab.-Grazer 100 Thlr.-L.	8	93 1/2	bz.
Zumänische Anleihe.	8	—	kl.
Türkische Anleihe.	5	52 1/2	bz. G.
Badische 35 Fl.-Loose	39	G.	
Braunschw. Präm.-Anl.	24 1/2	B.	
Schweid. 10 Thlr.-Loose	—	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	—	—	

<p

